

Stellungnahme zu den Außenbeziehungen der Regierung

Die Bürger der DG haben meines Wissens seit Ende des Krieges zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Berührungspunkte mit der Wallonischen Region, mit Flandern oder mit der Landeshauptstadt Brüssel gezeigt. Ganz im Gegenteil, dank unserer Mehrsprachigkeit hatten, und haben wir dort gute Karten sei es auf dem Arbeitsmarkt, als Student, als Geschäftsfrau/ Geschäftsmann oder als innerbelgischer Tourist. Und die DG pflegt bereits seit Jahrzehnten intensive Kontakte, man kann sie auch Außenkontakte nennen, mit unseren Nachbarländern. Wir diskutieren also hier nicht über etwas vollkommen Ungewöhnliches oder gerade erst von der Regierung bzw. der Mehrheit neu Erfundenes.

Es handelt sich deshalb also auch um die ganz normale Aufgabe der gewählten bzw. designierten politischen Vertreter in der DG diese Kontakte weiterhin zu pflegen und zum Wohle **aller**, und nicht nur einiger privilegierter Politiker zu nutzen.

Die heutige Aussprache über Ihre so gepriesenen Außenbeziehungen, Herr Lambertz, ist ja nur notwendig, weil Sie genau wissen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in der DG überhaupt kein Verständnis mehr für die Auswüchse Ihrer Politik hat. Deshalb versuchen Sie jetzt, mit großem Medienaufwand und im Rahmen einer Plenardebatte die Bevölkerung von der absoluten Notwendigkeit und dem großen Nutzen Ihrer aufwendigen Außenbeziehungen und gesamten Politik zu überzeugen.

Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt aufgezählt was wir einerseits als notwendig, als sinnvoll und angemessen, und was wir andererseits als Auswuchs, als vollkommen überzogen und unangemessen betrachten. Das Eine wie das Andere lässt sich mit wenigen Stichworten aufzählen:

Besuche von Symposien und Kongressen, Teilnahme an Pilotprojekten im Inn- und Ausland, Fortbildungen von Mitarbeitern und Anhörungen von externen Experten, Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit politischen Vertretern und mit Körperschaften der Nachbarländer zwecks Bildung von Kooperationen und zur Nutzung von externen Strukturen und Dienstleistungen, all das wird ein Jeder befürworten. Insbesondere wenn dadurch ein Mehrwert für die DG erzielt wird. Das Alles gehört ganz einfach zu Ihren ganz normalen Tätigkeiten und bedarf keiner komplexen und ausgabenintensiven Außenpolitik. Dabei glaube ich Ihnen ohne Weiteres, dass es keine Vergnügungssteuerpflichtige Tätigkeiten sind.

In einer Zeit in der Viele mit der Angst um den Arbeitsplatz leben, in der sich viele Menschen um die Zukunft ihrer Kinder sorgen müssen, wird **ihre kostspielige Politik der zu großen Stiefel, in die Sie uns hineinstecken wollen, so hören wir es aus den Gesprächen mit den Menschen heraus, und das nicht an Stammtischen!, in der Bevölkerung der DG nicht mehr ohne weiteres akzeptiert!!**

Von Ihnen, Herr Lambertz, und Ihrer Mehrheit werden angeblich zwingend notwendige Initiativen durchgeboxt, wie das pompöse Haus in Brüssel mit ständig anwesendem Personal, eine teure Vollzeitkraft in Ihrer Botschaft in Berlin, so wie kostspielige Verpflichtungen auf EU-Ebene. Und das ausschließlich nur weil Sie im Bestreben mit den großen Gliedstaaten mithalten wollen.

Gerade hier erkennt die VIVANT- Fraktion eine weitere Irreführung der Bevölkerung. Die DG sollte als 73.000 Menschen zählende Gruppe nur das durchführen, was für sie ohne Abstriche in anderen Bereichen verkraftbar ist. In diesem Sinne haben sich während der

Aussprache im Ausschuss, alle Fraktionen der Opposition geäußert: Unisono hieß es dort „das muss bezahlbar bleiben!“.

Wir haben uns gefragt, warum Sie, meine Damen und Herren von Mehrheit und Regierung diese „Politik der zu großen Stiefel“ dann mittragen bzw. ausführen? Welche edelmütigen, uneigennütigen Überlegungen könnten vielleicht dahinter stecken?

Befürchten Sie, die DG könnte als Kleinstgliedstaat zwischen den großen Gemeinschaften Belgiens im Zuge der beschworenen Staatsreformen zerrieben werden, wenn der MP, seine Minister und „sein“ Parlamentspräsident nicht auf allen Bühnen des nationalen und internationalen politischen Parketts mit dem DG-Banner präsent sind?

Wenn dem so wäre, könnte Ihre Sorge, so meinen wir, schnell zerstreut werden: Die Existenzberechtigung der eigenständigen Deutschsprachigen Gemeinschaft war, ist und bleibt, das wissen Sie viel besser als die VIVANT- Vertreter, kultureller Natur und basiert also auf dem Recht des Minderheitenschutzes. Deshalb, und nur deshalb, kann man auch eine ständige Vertretung der DG in der Kammer und auf EU-Ebene rechtfertigen. Darüber hatten vor wenigen Tagen alle Fraktionen mit der Regierung diskutiert. Dazu braucht es also, nach unserer Überzeugung, um bei dem Bild zu bleiben, nicht dieser kostspieligen Siebenmeilenstiefel. Die DG ist zwar großjährig, aber sie ist kein Riese!

Die VIVANT- Fraktion erkennt hier aber bereits das Einreißen weiterer Dämme! Deshalb reden wir hier auch nicht von Peanuts, wie Sie, Herr Lambertz, das eben angedeuteten.

Mit dem Aufbau eines 4- Minister- Staatsapparates in der DG, mit 4 Kabinetten, und über 200 immer teurer bezahlten Mitarbeitern im Ministerium, stehen Sie jetzt verständlicherweise in der Pflicht, all diese Funktionen mit Aufgaben zu betrauen. Von außen kann das in vielen Bereichen als purer Aktionismus verstanden werden!

Aber der Mehrheit und Regierung ist dies noch nicht genug! Jetzt soll das gerade vom Rat zum Parlament umgetaufte Gremium, von einem, für einen Rat, vollkommen angemessenen Arbeitsplatz in ein repräsentatives Gebäude überwechseln. Das ist politische Selbstbedienung in einer Art und Weise, die man nicht akzeptieren kann, und welche die Menschen noch weiter in die Politikverdrossenheit hineintreiben wird.

Die finanziellen Mittel, die heute für die beschriebenen „zu großen Stiefel“ der DG ausgeben werden, das heißt, für vorwiegend repräsentative Kosten, sollten, auch das hat die VIVANT- Fraktion bereits wiederholt angemahnt, angesichts der immer weiter gehenden dramatischen Entwicklung, für den Klimaschutz eingesetzt werden!

Selbstverständlich darf bei den existentiell notwendigen Ausgaben für Bildung, Soziales, Gesundheit, Mobilität nicht gespart werden!

Aber Sie können doch jetzt nicht einfach weitermachen wie vorher, so als hätte es am 2.

Februar 2007 die dramatische Aussage der UN-Klimatologen überhaupt nicht gegeben!

Z.B. wird die Stadt Groningen ab sofort alle Maßnahmen ergreifen, um bis zum Jahr 2025 energieneutral zu sein. Wenn eine Stadt das kann, um wie viel leichter und schneller kann es dann eine ländliche Flächengemeinschaft wie die DG erreichen, wenn der politische Wille vorhanden ist!

Sie tragen die Verantwortung, und Niemand sonst, von den Menschen Schaden abzuhalten, und also auch Sorge zu tragen für die unmittelbare Zukunft unserer Jugendlichen und unserer Kinder!

Ich komme zum Schluss und fasse zusammen:

Die VIVANT- Fraktion erkennt Ihre Argumente, die Sie in Bezug auf die Außenbeziehungen aufgereiht haben, als einen normalen Teil Ihrer Arbeit – ausgehend vom Regierungssitz hier in Eupen, Arbeit die wir ohne weiteres auch anerkennen können.

Aber kostspieliges Repräsentieren, mit ständigen Vertretern, mit immer mehr Posten in Regierung und Ministerium und mit Prunkbauten sind dazu nicht notwendig und bedeuten dann tatsächlich eine Politik der zu großen Stiefel für die Deutschsprachige Gemeinschaft!